

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

206 (7.9.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBUNDEN

Anzeigenpreise Die 10gepostete Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Geographische Angaben und Stadtpläne 8 Pfennig. Die Textzeile-Millimeterweite 60 Pfennig. Bei Wochensonderdruck nach Tarif, der bei Nichterhalten des Zahlungsmittels, bei geschäftlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt. Geschäftsver- und Geschäftsstellen in Karlsruhe i. D. o. S. 1/2. Die Anzeigen-Zustellung 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junge Die Aufzählung / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelheft 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Wallstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Mitglied: Durach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Postfach 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Republikstraße 3

Nummer 206 Karlsruhe, Montag, den 7. September 1931 51. Jahrgang

Das Haager Gutachten

Deutsch-österreichische Zollunion wird mit 8 gegen 7 Stimmen als gegen österreichisches Anleiheprotokoll von 1922 verstößend erklärt

Eine knappe Mehrheit
Kein Verstoß gegen Friedensverträge

Haag, 5. Sept.

Das heute veröffentlichte Gutachten des Haager Gerichtshofes über die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion kommt zu dem folgenden mit acht gegen sieben Stimmen festgestellten Ergebnis:

„Ein auf der Grundlage und in den Grenzen der Grundzüge des Protokolls vom 19. März 1931 errichtetes Regime zwischen Deutschland und Österreich würde mit dem am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokoll Nr. 1 nicht vereinbar sein.“

In der Begründung des Mehrheitsgutachtens wird u. a. gesagt: „Österreich ist ein unauflöslicher Punkt der europäischen Ordnung und seine Existenz ist ein wesentliches Element der politischen Ordnung in Europa. In diesem Sinne mußte der Plan geübt werden. In Artikel 88 des Vertrages von St. Germain wird Österreich verpflichtet, keine Handhabung zu bieten, wodurch es in den Gefahr des Verlustes seiner Unabhängigkeit gerät. Im vorliegenden Falle würde Deutschland allein die Vorteile aus dem Plane genießen. Vom juristischen Standpunkt her besteht allerdings kein Widerspruch gegen den Artikel. Dagegen ist es schwer zu leugnen, daß die geplante Zollunion „eine Sonderbehandlung“ darstellt und Deutschland Vorteile bringt, von denen dritte Mächte ausgeschlossen sind. Alles in allem sei das geplante Regime eine Verletzung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und müsse aus diesem Grunde verneint werden.“

Die Minderheit erklärt in einem angeführten Sonderprotokoll, daß sie zu dem Ergebnis gelangt sei, daß die Zollunion sowohl mit Artikel 88 des Vertrages von St. Germain als auch mit dem Genfer Protokoll vereinbar ist und keine Gefährdung der Unabhängigkeit Österreichs bedeute. Der Gerichtshof hätte diese Frage vom rechtlichen Standpunkt aus zu entscheiden gehabt. Die Minderheit ist weiter der Meinung, daß jeder Akt, der eine Verletzung der Kernpflichten des Genfer Protokolls ebenfalls eine Verletzung des Artikels 88 des Vertrages von St. Germain bedeute. Für die Vereinbarkeit des geplanten Regimes einer deutsch-österreichischen Zollunion mit dem Vertrag von St. Germain und dem Genfer Protokoll haben sich die Richter folgender Staaten ausgesprochen: Japan, die Vereinigten Staaten, Belgien, England, Deutschland, Holland und China. Die acht Richter, die für die Unvereinbarkeit des Regimes mit dem Genfer Protokoll entschieden haben, gehören folgenden Ländern an: Italien, Cuba, Salvador, Polen, Frankreich, Spanien, Kolumbien und Rumänien.

Das Rechtsgutachten, das der Internationale Schiedsgerichtshof im Haag am Samstag vormittag offiziell verkündet hat, steht einem Schlußakt vor, die Episode der deutsch-österreichischen Zollunion. Der Völkerbundsrat wird am Montag in Genf diese Entscheidung zur Kenntnis nehmen, vermutlich ohne daß sich daran noch irgend eine besondere Debatte anschließt, und damit wird dieser ungelöste Streit, der im letzten halben Jahr die europäische Atmosphäre vergiftet hat, auf lange Zeit begraben sein. Es gibt vielleicht keine schlimmere Angelegenheit gegen die Väter des verunglückten Planes als die Erkenntnis, daß ein Obliegen im Haag dem deutschen Volke womöglich noch teurer zu stehen gekommen wäre als die erlittene Niederlage.

Rein juristisch gesehen, ist übrigens diese Niederlage durchaus ehrenvoll. Schon das Stimmenverhältnis 8:7 beweist, wie schwierig die aufgeworfenen Rechtsfragen auch für die höchsten Kapazitäten des Völkerrechts zu beantworten waren. Die nationalistiche Presse, die sich selbst nur zu einer Form des internationalen Rechts bekennt, nämlich zum Recht des Stärkeren, und die jede Form der friedlichen Schlichtung von Konflikten, sei es durch den Völkerbund, sei es durch den Haager Gerichtshof, verwirft, ist mit ihrem eigenen Urteil über das Haager Urteil sehr schnell bei der Hand: sie verdächtigt die Mehrheit, nach rein politischen Gesichtspunkten gehandelt zu haben, also nicht nach juristischem Gewissen. Sie verläßt die Verfasser des Mehrheitsgutachtens dadurch lächerlich zu machen, daß sie die drei latein-amerikanischen Richter, die ihr angehören, gewissermaßen als Vertreter minderwertiger Staaten hinstellt. Es fehlte nur noch die Unterstellung, daß sie von Frankreich gekauft worden wären.

Daß die Anhänger des wilhelminischen Zeitalters auf diese Weise die Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu discredittieren versuchen, weil sie selbst nur an die Macht der Waffen glauben, an das Faustrecht des Mittelalters, ist nicht verwunderlich. Die gesamte fortschrittliche Welt wird von solchen Verdächtigungen entsetzt abstrudeln. Das Gutachten hat in Pariser Kreisen und in der Rechtspresse eine gewisse Bestimmung hervorgerufen, da die Beurteilung nur mit einer Stimme Mehrheit erfolgt ist und außer Frankreich alle Großmächte sich für die deutsch-österreichische These ausgesprochen haben. Dem Genfer Vertreter der Wiener Antikriegs Nachrichtenstelle wurde von zukünftiger österreichischer Seite nachdrückliche Meldung gegeben: „Es wäre unpassend, das Urteil zu kritisieren, aber man darf auf die schon erwähnten Tatsachen und auf das Gewicht der Stimmen, die sich für den Standpunkt der österreichischen und der deutschen Regierung aussprechen, hinweisen. Es dürfte nicht möglich sein, auf Grund dieses Urteiles den Vorwurf aufrecht zu erhalten, daß die österreichische und die deutsche Regierung durch ihre Aktion bewußt bestehende Verträge verlegt haben.“

Tagung des Europa-Ausschusses beendet

W.B. Genf, 5. Sept. Der Europa-Ausschuss hat heute mittag seine 4. Tagung mit der Annahme des Völkerbundsberichts zum erhaltenden Bericht, der sich mit demjenigen des Koordinationskomitees deckt, abgeschlossen.

Die Völkerbundsversammlung

Genf, 7. Sept. Die 12. Völkerbundsversammlung wird heute vormittag zusammentreten. Die üblichen Eröffnungsformalitäten — Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten, Konstituierung der sechs Arbeitsausschüsse und andere in der Geschäftsordnung oder in der bisherigen Gewohnheit begründeten Maßnahmen — werden voraussichtlich schon am Dienstag erledigt sein, so daß alsbald die auf eine Woche berechnete Plenarsitzung beginnen kann. Der französische Außenminister Briand ist heute abend zur Teilnahme an den Arbeiten des Völkerbundes hier eingetroffen.

Das Wetterchaos

Schneefall im Agän

Oberstdorf, 6. Sept. Der Regen ist in den Höhenlagen in den westlichen Abendstunden in Schneefall übergegangen, so daß bis 1500 Meter herunter Neuschnee liegt. Die ganze Bergkette vom Sonnenkopf bis zum Bälzer liegt in glänzendem Weiß. Die Temperatur ist auch im Tal tief gesunken.

Sturmschäden in Pommern

Stettin, 7. Sept. Die heftigen Stürme, die am Sonnabend und am Sonntag über Pommern hinwegzogen, richteten in verschiedenen Teilen der Provinz beträchtlichen Schaden an.

Sturmschäden in Oberitalien

Mailand, 6. Sept. Der Sturm in Oberitalien und der Riviera hat am Freitag und Samstag beträchtlichen Schaden verursacht, hauptsächlich in Brescia, Parma, Verona und Vicenza.

Vor Zeppelins Ankunft in Friedrichshafen

Friedrichshafen, 7. Sept. Ein Funkruf, der beim Luftschiffbau Friedrichshafen um 21.45 Uhr einging, besagt, daß das Luftschiff Kurs auf Nohlelle nimmt. Die Landung wird voraussichtlich Montag erfolgen.

Wie der Südkurs am 2.45 Uhr bekannt gibt, befand sich der „Graf Zeppelin“ um 2 Uhr MEZ, auf 45 Grad 7 Minuten nördlicher Breite und 6 Grad 18 Minuten westlicher Länge. Diese Positionsangabe dürfte sich ungefähr in der Mitte des Golf von Sisacapa befinden. Die Erreichung der Küste wird um 6 Uhr früh erwartet.

Brand-Gesandnis des Majors a. D. Strecker

W.B. Berlin, 5. September. Der unter dem dringenden Verdacht der vorläufigen Brandstiftung verhaftete 70 Jahre alte Schriftsteller Karl Strecker hat heute Nachmittag ein ums fassendes Geständnis abgelegt. Er gibt zu, die Villa vorläufig in Brand gesetzt zu haben, um die Versicherungssumme in Höhe von 50 000 Mark zu erhalten.

Strecker ist in dringender Vermögenslage, er hat große Schulden, von denen er seiner Frau nichts laßt. Seine Verurteilung, bei Geldverlusten Kapital anzunehmen, waren schlagend. So kam er zu dem Entschluß, durch die Brandstiftung seiner Geldverlegenheit ein Ende zu bereiten. Er behauptet, daß er die Tat ganz allein und ohne Mitwisser und Helfer durchgeführt habe. Diese Erklärung wird angezweifelt und näher untersucht. Nachdem seine Frau die Reise an den Bodensee angetreten hatte und er aneslich zu Studien nach Weimar gefahren war, schien ihm der geeignete Zeitpunkt herangekommen zu sein. In der Nacht zum 27. August fuhr er nach Kleinmachnow. Unbemerkt schlich er in die Villa. In die Fußböden der Zimmer bohrte er Löcher, damit das Benzin und der Spiritus richtig in die Dielen dringen konnte. Dann fuhr er nach Weimar zurück. Strecker, der während des Geständnisses sehr aufgeregter war, ist darnach vollständig zusammengebrochen.

General Jacquemot beim Manöver vom Bliz getroffen

Das Mittglied des Obersten französischen Kriegsrates, General Jacquemot, der Manövern im Departement Vaucluse befehligte, wurde gestern vom Bliz getroffen und mußte mit Kopfverletzungen und schweren Brandwunden am ganzen Körper ins Krankenhaus von Barlesonette eingeliefert werden.

Mangelhaftes Ergebnis der Devisenbewirtschaftung

Vor wenigen Tagen mußte die Devisenabfertigungsgrenze auf 1000 Mark herabgesetzt werden, weil die bisherige Devisenpolitik nicht ergiebig genug war.

Am 1. August ist durch Notverordnung in Deutschland die Zwangswirtschaft für Devisen wieder eingeführt worden. Danach dürfen ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung (das sind Devisen) nur von der Reichsbank oder von ihr beauftragten Kreditinstituten erworben und nur an die Reichsbank oder die betreffenden Institute veräußert werden. Diese Aufhebung des freien Devisenverkehrs war notwendig, weil die deutsche Währungsreserve durch die Kreditbindungen des Auslandes und ebenso durch inländische Devisenhamsterei in kurzer Zeit bedrohlich zusammensinken war und nun mit Hilfe dieses Gewaltmittels wieder aufgefüllt werden sollte.

Das bisherige Ergebnis der Devisenbewirtschaftung ist jedoch durchaus unbefriedigend. Dies mag daran liegen, daß die von Zuzinsen in aller Hast entworfenen Notverordnungen schwere Mängel und Lücken aufweist, die eine Umkehrung der Verordnung zum mindesten dem leicht machen, der über gute geschäftliche Beziehungen zum Ausland verfügt. Es wird nicht sehr schwer fallen, von dem ausländischen Geschäftsfreund sich fingierte Rechnungen ausstellen zu lassen, vielleicht über Waren, die gar nicht geliefert wurden, wenn diese Rechnungen von dem Inländer als Grundlage für seine Devisenansprüche benutzt werden sollen. Weiter können wirkliche Auslandsverträge deutscher Exporteure trotz der Devisennotverordnung im Auslande belassen werden, und es hat auch den Anschein, daß von dieser Möglichkeit trotz der Kreditnot in weitem Umfange Gebrauch gemacht wird.

Wie sollte man anders die Tatsache erklären, daß in der Zeit vom 15. Juli bis 31. August nur 350 Millionen Devisen an die Reichsbank abgeführt wurden, obwohl im Juli und August im August ein faktischer Ausfuhrüberschuß erzielt wurde, obwohl Reparationsüberweisungen von monatlich 25 Millionen abpart wurden und obwohl in den vorangegangenen Wochen erhebliche Devisenbeiträge abgemindert worden waren, die nun nach der Devisennotverordnung zum Vorschein kommen müssen.

In Anbetracht der bis jetzt so geringen Wirksamkeit der Devisenbewirtschaftung ist es sicher schon eine zu optimistische Schätzung, wenn man mit einem voraussichtlichen Devisenzuwachs von rund 3 Milliarden Mark für das ganze Jahr rechnet.

Alles in allem ist also festzustellen, daß trotz der Einstellung der Reparationszahlungen durch den Hoover-Plan und der Rückabläufe gemäß dem Baseler Stillhalteabkommen nicht entfernt so große Devisenreserven in Deutschland angeammelt werden können, als ein ins Gewicht fallender Betrag der am 2. Februar 1932 definitiv fälligen Auslandskredite zurückgezahlt werden könnte.

Diese Tatsache zwingt uns, heute schon für die kritischen Termine Vorkehrungen zu treffen. Man darf vielleicht die Hoffnung hegen, daß bei einer vernünftigen innen- und außenpolitischen Entwicklung das Vertrauen der ausländischen Bankglaubiger sich festigt, und daß dann wenigstens teilweise eine weitere gütliche Verlängerung der Kredite zu erzielen sein wird. Aber das ist nur eine Hoffnung, und selbst bei dieser Hoffnung kann uns nicht wohl sein, nachdem wir die Gefahren überstürzter Kreditabrufe eben erst von neuem kennen gelernt haben.

Langfristiges Auslandskapital, mit dem uns allein über die Schwierigkeiten hinweggeholfen werden kann, ist aber — wie eben noch das Baseler Gutachten betont hat — ohne Wiederherstellung des gestörten politischen Vertrauens nicht zu haben. Wie will man auch dem amerikanischen oder französischen Kapitalisten, der jetzt an der Younganleihe fast ein Drittel seines Zeichnungspreises eingebüßt hat, eine neue Aufforderung zur Zeichnung deutscher Anleihen schmuckhaft machen! Nur wenn eine politische Garantie seiner Regierung die Sicherheit einer solchen Kapitalanlage verbürgt, wird man den ausländischen Rentner wieder für deutsche Werte interessieren können. Vorbedingung hierzu aber ist und bleibt eine Verständigung Deutschlands mit Frankreich.

Der nationalsozialistische Ministerkandidat in Braunschweig

W.B. Braunschweig, 5. Sept. In einer gestern abgehaltenen Sitzung der nationalsozialistischen Landtagsfraktion wurde der Beschluß gefaßt, dem braunschweigischen Landtag den Regierungsrat Klages als Ministerkandidaten vorzuschlagen.

Allem Anschein nach werden die bürgerlichen Parteien diesem Kandidaten ihre Zustimmung nicht geben. Die endgültige Entscheidung hierüber wird in einer am Vormittag stattfindenden Sitzung der bürgerlichen Einheitsliste fallen.

Regierungsrat Klages war früher Konrektor in Seneckenstein im Harz und ist wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassen worden. Er wurde von Minister Dr. Franzen in das braunschweigische Ministerium berufen und zum Regierungsrat ernannt.

Herabsetzung der Mitgliedsbeiträge zum Reichsstadtebund

Der Gesamtverband des Reichsstadtebundes hat mit Rücksicht auf die milde Lage der mittleren und kleineren Städte beschloffen, den Mitgliedsbeitrag für das kommende Geschäftsjahr um zehn Prozent zu senken.

Sparmaßnahmen in Bremen

Der Bremer Senat hat u. a. die Herabsetzung der Anzahl der Senatsmitglieder auf neun, Kürzung der Gehälter der Senatsmitglieder, Beamten und Angestellten um 10 bis 15 Prozent, Herabsetzung der Stundenlöhne der Staatsarbeiter und Kürzung des Regelsolches für die Notstandsbeihilfe von 60 auf 40 Prozent beschlossen.

Die unbefriedigten „Herzoginnen“

„Fürstinnen“ klagen gegen Mecklenburg

Ehemalige Dynastien aus dem Lande des Schentopfes und Volksnot

Aus Mecklenburg wird uns geschrieben: Beim Oberlandesgericht in Rostock schwebt immer noch in zweiter Instanz der Prozeß, den die ehemalige Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz mit ihren Töchtern Milica von Montenegro und Marie zur Vinde gegen das Land Mecklenburg-Strelitz führt. Das Oberlandesgericht hat einen Vergleichsvorschlag unterbreitet, nach dem das Land eine Kapitalabfindung von 1 Million M. und außerdem eine jährliche Rente von 100 000 Mark zahlen soll.

Unnütze Miteßer



Nach einem Vergleichsvorschlag des Oberlandesgerichts Rostock sollen die Großherzogin von Mecklenburg und ihre Töchter eine Kapitalabfindung von einer Million und eine jährliche Rente von 100 000 Mark erhalten, was auf den Kopf der Bevölkerung 10 Mark ausmacht!

In Mecklenburg soll jeder Arbeiter den Löffel der Herzogin in seinem Suppentopf haben

Das Land hat den Vergleichsvorschlag abgelehnt. Das Urteil im Abfindungsprozeß soll am 29. September verkündet werden.

Das Land Mecklenburg-Strelitz hat rund 100 000 Einwohner. An die klagenden Fürstinnen sollten nach dem Vergleichsvorschlag pro Kopf eines jeden Einwohners 10 M. als Rente gezahlt werden — was eine fühlbare Zusatzbelastung bedeuten würde. Und das in der Zeit der tiefsten Not, der Massenarbeitslosigkeit, der Lohnsenkung und Gehaltskürzung, der bittersten Finanznot der Länder und Gemeinden, die nicht mehr wissen, woher sie die Mittel zur Erhaltung der Volkswirtschaft nehmen sollen!

Eine derartige Anforderung in dieser Zeit ist im tiefsten Grunde unbillig.

Der Innere Missions-Skandal

Konto „Geheim“

Der SPD. schreibt uns: Der Zentralauschuß für die innere Mission hat, wie im Laufe des Denabeimfandals bekannt wurde, bei der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtsvereinigungen ein Konto „Geheim“ unterhalten. Dieses Konto wurde aus Ueberweisungen des Reichsarbeitsministeriums ohne Wissen der Behörden abgezweigt. Es handelte sich um einen regelrechten Korruptionsfonds.

Aus diesem Korruptionsfonds, über den der getreuliche Schatzmeister der Inneren Mission, Pastor D. Cremer, und ihr Präsident, der Geheimrat Seebert, verfügten, erhielten

der Bruder Cremer, der Pfarrer Cremer in Wittenberg an der Elbe, 30 000 M., angeblich als Darlehen für das Diakonissenhaus in Wittenberg;

der Schwager Cremer, der nach einem Disziplinarverfahren seiner Staatsstellung verlustig gegangene Studentrat Bogel,

Die Devaheim-Krieger



Sie säten nie — sie ernteten nur!

15 000 M., angeblich als Darlehen für ein Jugendhaus in Weiskau.

Weitere Zuwendungen aus dem „Dispositionsfonds“, mit denen Cremer sich eine diskrete Gelofalschaft sicherte, die berechtigten Angriffe gegen seine verfilzte Miswirtschaft abwehrten, erfolgten an Pastor D. H. P. a n a n b e r g, den Führer der rheinischen Mission Pastor T h i e l, den Leiter des Kaiserlicher Verbandes deut-

scher Diakonissen-Mutterhäuser und Aufsichtsratsvorsitzenden der Hilfskasse. Direktor S c h l u n t vom Zentralauschuß für die Innere Mission, Martin M i l l e r, der Nachfolger Cremer als Schatzmeister der Inneren Mission und andere Arbeiter im Weinberge Gottes. Dieses Geheimkonto war jedoch nicht das einzige, das bei der Hilfskasse geführt wurde. Ein besonderer § 61 der internen Geschäftsanweisung billigte sogar derartige Einrichtungen. Aus Ueberweisungen des Reichsarbeitsministeriums in Höhe von 87 000 M. bildete der Leiter des V. Wohlfahrtsverbandes, Professor Langstein, ein Konto, das auf den Namen eines Berliner Krankenpflegeverbandes lautete und den Untertitel trug „Reichsverband für Gesundheitsfürsorge 1923“. Dieser „Reichsverband“ existierte nur auf dem Mond. In Wirklichkeit machten sich die Reichsleiter mit diesen Beträgen gesund. 18 000 M. auf diesem Konto wurden für ein Luxusauto des Professors Langstein, eine Horch-Vimouline, bezahlt. Weitere 5000 M. erhielt ein Geschäftsführer des V. Wohlfahrtsverbandes für die Einrichtung einer Wohnvilla. Dem Reichsarbeitsministerium sind auch diese Summen und vor allen Dingen ihre mehr als eigenartige Verwendung verschwiegen worden. Es ist immerhin ein beruhigendes Gefühl für den Steuerzahler, diejenigen, denen die Fürsorge für die Vermissten der Armen obliegen soll, wohlberzogen zu wissen.

„Das Volk wird sehend“

Unter der triumphierenden Ueberschrift „Wieder ein Nazi-Bürgermeister“ berichtete dieser Tage der nationalsozialistische Angriff, daß auch im Schlierland ein nationalsozialistischer Bürgermeister gewählt wurde. Pa. Balth Sippel hat den Posten übernommen. Seine erste Amtshandlung bestand darin, daß er sein Gehalt von 725 auf 350 Mark herabsetzte. Als sein Gegenkandidat daraufhin nachträglich auch bereit war, auf einen Teil seines Gehalts zu verzichten, wurde er nur verlacht. Das Volk wird allmählich sehend —!

An der Meldung fiel auf, daß der Angriff den Ort verschwiegen, wo das große Ereignis stattgefunden hatte. Warum nur? So klein, daß er sich geniert, ihn zu nennen, kann der Ort doch nicht sein, dessen Bürgermeister 725 Mark Gehalt besaß.

Der Brief eines Lesers des Berliner Tageblatts, der im Schlierland lebt, brachte die Aufklärung, die in jeder Beziehung überzeugend ist.

Der vom Angriff verschwiegene Ort ist die Dorfgemeinde Franzbach im Kreise Lauterbach in Oberhessen. Sie zählt rund zweihundert Einwohner. Von ihnen beteiligten sich 112 an der Bürgermeisterwahl. 58 Stimmen fielen auf den „Pa.“, während sein Gegenkandidat 54 Stimmen erhielt. Herr S i p p e l aber ist, wie uns unser Gewährsmann weiter mitteilt, keineswegs Bürgermeister geworden, weil er Nationalsozialist ist. Die Politik habe bei der ganzen Wahl überhaupt keine Rolle gespielt, was bei dem völlig unpolitischen Schlierland jeden, der es kenne, nicht wundern wird.

Auch das große Rätsel, wieso der Bürgermeister von Franzbach 725 M. Gehalt hat, ist im Grunde sehr einfach: Das Gehalt von 725 Mark ist nämlich nicht, wie jeder Angriff-leser meinen muß, ein Monatsgehalt, sondern — eine „Bergütung für das ganze Jahr“. Der Verzicht des Pa. ist also nicht so gewaltig, wie es der Angriff gerne darstellen möchte, und auch kein großes Opfer, da Herr Balth Sippel ein vermögender Mann ist, den die 375 Mark mehr oder weniger im Jahr nicht glücklich machen.

Und die Sache mit dem „verlachten Gegenkandidat“ ist überhaupt frei erfunden.

Es ist manchmal gut zu wissen, durch welche Ereignisse das „Volk“ allmählich sehend wird ...

Die Vertreter der Grünen Front beim Reichskanzler

WTB. Berlin, 5. Sept. Der Reichskanzler empfing heute in Gegenwart des Reichsernährungsministers und des Reichsministers Kreppanusch die in der Grünen Front vereinigten Führer der Landwirtschaft aus allen Teilen des Reiches.

Görres-Büße in der Walfaha

In der Walfaha ist eine Büße von Görres in Anwesenheit des Reichsministers und zahlreicher Vertreter der Behörden festlich entküpft worden.

Große Freidenkerkundgebung in Berlin

Der Internationale Freidenkerkongress, der von Samstag bis Dienstag in Berlin tagt, fand eine großartige Einleitung durch die öffentliche Kundgebung, die unter dem Zeichen internationalen Kampfes gegen Kulturfaschismus gestern in der „Neuen Welt“ stattfand. Da der große Saal die Massen nicht faßte, mußte eine Parallelsammlung veranstaltet werden, die gleichfalls überfüllt war. Der Grundton aller Reden ging dahin, eine Vereinigung der sogenannten Brüßler Internationale und der Internationale proletarischer Freidenker nach besten Kräften herbeiführen zu wollen.

Blutige Kämpfe in Chile

Neuroel, 6. Sept. Nach einer Meldung der Associated Press aus Santiago de Chile kam es am Samstag und Sonntag zwischen Regierungstruppen und Aufständischen in der Hafenstadt Talcahuano (Provinz Concepcion) zu blutigen Kämpfen. Die Zahl der Toten soll etwa 1000 betragen.

Die Unruhen in Barcelona

Barcelona, 6. Sept. Bisher sind 150 Personen, die verhaftet wurden, an Bord eines von der Regierung requirierten Transportschiffes überführt worden. Bei den Zusammenstößen in den letzten Tagen waren in Barcelona sieben Tote und 20 Verletzte zu verzeichnen. Am Samstag nachmittag haben die Führer der katalonischen republikanischen Front mit Präsident Macia verhandelt, wobei die Aufrechterhaltung der Betriebe der öffentlichen Unternehmungen besprochen wurde.

Politischer Wirtschaftskrieg mit Todesfolge

Essen, 5. Sept. (SPD.) In der Wirtschaft Thönnies kam es zu einem politischen Wortwechsel, an dem sich mehrere Nationalsozialisten beteiligten. Aus der Diskussion entstand eine blutige Schlägerei. Hierbei wurde der Nationalsozialist Quandt durch einen Stich in die Brust tödlich verletzt. Der Wulff Heidenreich, ebenfalls Nationalsozialist, erhielt lebensgefährliche Messerstiche in die Nieren. Der Kellner Dirna, der von den Nationalsozialisten zunächst provoziert und mißhandelt worden war, wurde durch Messerstiche in den Unterleib lebensgefährlich verletzt. Die Polizei nahm bisher drei Verhaftungen vor.

Kein politischer Mord

WTB. Dortmund, 5. Sept. Wie von der Polizei mitgeteilt wird, haben die gestrigen Vorfälle in der Schwannestraße, bei denen der Jungschahelmer Koop getötet wurde, keinen politischen Charakter gehabt. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist Koop von einem seiner Kameraden erschossen worden. Koop befand sich mit den beiden Stahlhelmer Kasse und Lüdicke im Haus für des Stahlhelmsheim, wo sie mit einem Revolver hantierten. Richtig ist, daß er sich kurz darauf eintrat. Der Schütze Lüdicke zog sich durch den Schuß selbst eine Handverletzung zu.

Pallenberg als Kachegott

Der „brave“ Soldat Schweif

Der bekannte Schauspieler Max Pallenberg künbete, wie wir bereits mitteilten, einen Reibung gegen die Bankdirektoren an, weil er infolge Kapitalflucht — sein Geld bei der Amstelbank in Amsterdam verlor.

O Pallenberg, warum so wild —
Man hat Dein Auslandsgehd geküßt,
Und nun gießt Du zu Felde
Von Kopf bis Fuß ein Kachegott
Nachtrauern — Deinem Gelde —!

Sag, Max, war denn das sehr schön —
Diskret nach Amsterdam zu gehn —?
Nun quillt die Weieträne,
Schon kurbelfertig, glatt zum drehn —
Proßt Reif, wir weinen teene —!

O großer Mime, keiner Mann,
Sieh Dir mal Deine Mittel an,
Der kann das nicht passieren —
Denn wer kein Geld ver — anfein kann,
Der kann auch feins verlieren —!

Kurt Kaiser Blüth.

Die Hölle von Verdun

„und treiben mit Entsetzen Scherz“!

Unter obigem Titel berichtet die Frankfurter Zeitung aus Erfurt über einen Vorgang, der als Gegenstück zur aufsehererregenden Prozeßbegleitung über die Nazische gegen die Dinghauser Bürgermeisterei auch in Baden Beachtung verdient.

In riesigen Infernaten, eine ganze Seite braucht es dazu, kündigen die Nationalsozialisten schon seit voriger Woche ihren Thüringer Gautag an. In Gera soll er stattfinden. Adolf Hitler, Wilhelm Frick, Staatsminister a. D., und Prinz August Wilhelm werden als Redner in Aussicht gestellt. Doch nicht ihre Namen bilden die Hauptattraktion der Ankündigung. Breit und fett über die Seite lockt „ein grandiozes Riesenschlachtenfeuerwerk“.

Riesenschlachtenfeuerwerk“.

Den Abschluß der Veranstaltung, wie sie in Thüringen noch nie gesehen wurde, soll die „Hölle von Verdun“ bilden. Mit einer Kanonade von 100 Kanonenschlägen kündigt sich diese Hölle an. Dann steigen Signalkraketen auf: der Kampf beginnt. Es folgen Gewehrfeuer, Maschinengewehrfeuer, Geschützfeuer, Geschützschüssen, Minenfeuer, plätschernde Schrapnells, Geschöschenschläge und Explosionen, wühlende und ätzende Kollalben und Detonationen bis auf höchste Stärke. So geht es weiter: Kollalbe von 40 großen Luftminen und 40 Batterien, Raketen-Kreuzfeuer von 200 Strahlraketen, Schnellfeuer-Batterie von 50 Abschüssen mit plätschernden Granaten, Schrapnell-Batterie von 50 Witzpatronen, Kollalbe von 50 Abschüssen von knappenden und heulenden Geschossen, mit krachenden Einschlägen, Steigerung durch drei weitere Batterien von plätschernden Granaten, Flammenwerfer und heulende Sirenen und nochmals weitere Steigerung durch vier Batterien von feuereisenden Geschützen. Den letzten Knalleffekt bildet ein Flammen-Tornado, bestehend aus 100 Bomben und Granaten, welche das Firmament mit einem Farben- und Kugelfegen überziehen und ein einziges Feuermeer bilden mit gewaltigen Witz- und Donnererschneimungen.

Diese „Hölle von Verdun“ stellt aber nur den vierten Teil des gesamten Feuerwerks dar, von dem 50-60 Programmnummern stolz aufgezählt werden. So also kann die Nationalsozialistische

Arbeiterpartei ihr Geld im richtigen Wortsinne „verpulvern“, während Millionen deutscher Menschen bitterste Not leiden. Wieviel Tausende kostet bekanntlich ein solches Feuerwerk. Dafür fehlt es Herrn Hitler nicht an Geld, so wenig wie für die „Braunen Parläde“, die er jetzt in mehreren großen Städten teils gekauft, teils gebaut und teils gemietet hat.

Für den Morgen nach jenem „grandiozes Riesenschlachtenfeuerwerk“ kündigt der Gautag Gefallenenehrung und Feldtaotiesdienst an! Man scheint also doch nicht zu glauben, daß jene Kollalben und Raketen eine ausreichende Ehrung der Gefallenen von Verdun darstellen. Herr Minister Frick und manche seiner Freunde haben den Krieg bekanntlich nur in Birnamens und Münchens kennen gelernt. Auch zu ihnen aber sollte eigentlich Kunde gedrungen sein von all dem grauenhaftesten Leiden und Sterben, das der Name Verdun für deutsche Menschen bedeutet. Von welcher furchtbaren Gedankenlosigkeit weist eine solche Veranstaltung, die mit dem arästen Entsetzen und Massensterben aller bisherigen Kriegegeschichte nur Scherz zu treiben weist!

In diesem Zusammenhang wird weiter berichtet:

Die Riesentafel für das Schlachtenfeuerwerk zum Nationalsozialistischen Gautag in Gera haben offenbar auch in den eigenen Reihen schon dieses Blut gemacht. Das Thüringer Parteiblatz „Hitlers teil“ dies selbst mit und versucht die Veranstaltung damit zu rechtfertigen, daß nur auf diesem Wege ein derartiger Nationalfeier finanziert werden könne. In der Tat scheint dieses Geld einer „Arbeiterpartei“ recht kapitalistisch aufgezogen zu werden. Es werden sieben Kategorien von Wäßen verkauft, deren Preise bis zu zehn Mark ansteigen. Mit der Reineinnahme muß der größte Teil der fofizielien SA-Transporte und verpflegung bestritten werden.“ Außerdem wird aber in Aussicht gestellt, von dieser Reineinnahme 1000 Mark an eine „Ausdespende“ abzuführen — allerdings nur „bei gutem Wetg“. Das wird gewiß ein Trost sein für die armen Textilarbeiter, die gerade in Gera heute zu Tausenden erwerbslos sind. Vielleicht werden sie sich trotzdem ausmalen, was für das viele „verpulverte“ Geld sonst alles hätte gechehen können!

Freistaat Baden

Politische Aussprache

Der badische Parteausschuß der SPD, die Landtagsfraktion, der kommunalpolitische Ausschuß und die Reichstagsabgeordneten, traten am Samstag nachmittag in Karlsruhe zusammen zu einer eingehenden Aussprache über wirtschaftliche und politische Fragen, besonders auch über die Notverordnungen sowohl des Reichs und des Landes Baden, wobei die Auswirkungen dieser Notverordnungen auf die Gemeinden ebenfalls in den Kreis der Betrachtungen gezogen worden sind. In einer wertvoll informatorisch gehaltenen Rede gab der Innenminister Gen. Maier ein Bild der gegenwärtigen Lage und äußerte sich auch in gebotener Offenheit darüber, vor welcher ernsten und unheimlichen Verantwortungswürdigen Zwangslagen wir nun stehen. Ebenso ausführlich war ein Referat des Mannheimer Oberbürgermeisters Gen. Dr. Heimerich über die Situation, in der sich die Gemeinden unter den Wirkungen der Krise befinden.

In die beiden Referate schloß sich am Sonntag, bis in die Nachmittagsstunden hinein, eine durchweg interessant verlaufene Aussprache an, die neben Stimmen kritischer Betrachtungen auch wertvolle Anregungen für die Vertreter in der Regierung und in den Parlamenten jutage förderte. Es hat wohl in der gesamten Sozialdemokratie bisher nicht einen Genossen gegeben, der an der Tolerierung des Kabinetts Brünings auch nur eine Minute Freude hätte haben können; jedoch den Zwangslagen dieser bis her geübten Tolerierung verhielt sich die Tagung am Samstag und Sonntag nicht. Ob diese Tolerierung noch längere Zeit und unter welchen Umständen sie weiterhin möglich ist, läßt sich natürlich im Augenblick nicht übersehen. Gerade die letzten Wochen der Tätigkeit und auch der Untätigkeit des Kabinetts Brünings erleichtert der Sozialdemokratie die Fortsetzung der Tolerierungspolitik wirklich nicht. Daß auch die badischen Notverordnungen in den Reihen der badischen Sozialdemokratie keine Freude auszulösen vermochten, liegt auf der Hand; daß aber die badische Regierung sich in einer besonderen Zwangs- und Notlage befindet, angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen und der daraus bedingten finanziellen Schwierigkeiten, wurde rückhaltlos anerkannt.

Die geflossene Aussprache zeichnete sich nicht nur durch wertvollen sachlichen Gehalt und wirklich kameradschaftlichen Geist aus, sondern erfreulich war, daß wiederholt und in nächsterdrücklicher Betonung das Vertrauen zur Führung ausgesprochen wurde; weiter, daß auch die Genossen draußen im Lande Vertrauen zur Führung haben können und es zu fördern verpflichtet sind, wo immer durch gegnerische Hetze dies Vertrauen zu untergraben versucht wird. Es ist eine der giftigsten und von den Feinden der Arbeiterbewegung immer wieder zur Anwendung gebrachte Waffe, die führenden Persönlichkeiten der proletarischen Bewegung in der oftmals erbärmlichsten und niedrigsten Weise zu verächtlichen und zu verleumden, um die Arbeiter in die Arbeitermassen zu tragen. Gerade in politischen und wirtschaftlichen Notzeiten und in dem gegenwärtigen, wo das kapitalistische System den Vertiefungen so furchtbare Wunden schlägt, wo auch die mit diesem System verbundene und seit Jahr und Tag überall sichtbar ausbrechende bürgerliche Korruption so kraß sich offenbart, feiert die gefeierte Hetze gegen die Führer der Arbeiterbewegung wahre Orgien. Und mit häßlicher Schadenfreude quillt man es gerade in den Lagern der Sozialen wie der politischen Reaktion, wenn das ausgesprochene Gift Wirkungen innerhalb der Arbeiterschaft auslöst.

Sämtliche Teilnehmer der Tagung am Samstag und Sonntag waren sich des ganz besonderen Ernstes der gegenwärtigen Lage bewußt und auch, daß wir noch vor Wochen und Monaten harter Verantwortung und Aufgaben stehen. Um so erfreulicher, konstatieren zu können, daß sich die versammelten Vertrauensmänner der badischen Sozialdemokratie von dem heute überall wuchernden und vielfach auch direkt gepflegten Pessimismus weder entmutigen noch gar überwinden lassen werden. Diese Sicherheit hat jeder der Teilnehmer mit nach Hause genommen.

Vor den Referaten und der politischen Aussprache erstatteten die Parteisekretäre Bericht über den Stand der Organisation in ihrem Bezirke, während die Geschäftsführer der Parteipresse über unsere Parteiunternehmungen sprachen. Die Zahl der Genossen, die in die tiefe Not der Arbeitslosigkeit geschlagen worden sind, wächst immer noch; vielen war es schon seit Jahren nicht mehr möglich, regelmäßig Arbeit zu erhalten. Wer in dieser Lage sich befindet, für den ist es natürlich nicht leicht, in materieller Beziehung auch der Arbeiterbewegung gegenüber die Pflicht zu erfüllen. Aber trotzdem können die Parteisekretäre wie die Geschäftsführer an Hand der Tatsachen berichten und nachweisen, daß sowohl die Organisation wie die Parteipresse sich sehr gut gehalten haben. Dem Willigbewußtsein und der Treue der in der Organisation befindlichen Genossen wurden mehrfach Worte der Anerkennung und

des Dankes gewidmet. Die Genossen haben eben begriffen, welche unerklärlicher Schaden der gesamten Arbeiterklasse erwachsen müßte, wenn nicht aktionsfähige Organisationen und eine kampffähige Presse erhalten blieben. Hoffnungen der Gegner werden zerfallen, gelegentliche Befürchtungen in eigenen Reihen sich als grundlos herausstellen. G. Sch.

Sparprogramm am Bad. Landestheater

Der Geschäftsführer des Verwaltungsrates des Bad. Landestheaters, Regierungsrat Dr. Hasl, gibt jenseits den Plan bekannt, nach dem die Finanzabteilung des Landestheaters unter dem Druck der allgemeinen Finanznot auf eine völlig geänderte Grundlage gestellt werden soll. Es ist ein Sparplan ausgearbeitet worden, der zum Teil sehr tief eingreifende Sparmaßnahmen vorsieht. So soll das Spieljahr in eine Winter- und Sommerperiode zerlegt werden. Die Winterperiode, die für die Monate September bis Mai vorgezogen ist, soll ausschließlich der ersten Kulturarbeit gewidmet sein. Das Gesamtpersonal wird nur für diese Zeit unter Hinzurechnung eines Ferienmonats entlohnt. Man rechnet mit einer Einsparung von einem Sechstel der Ausgaben für das gesamte künstlerische und technische Personal. Weiter ist vorgezogen die über 9000 M. hinausgehenden Gehälter des Soloperionals und der Vorstände einer gestaffelten Sonderkürzung zu unterwerfen. Die Gehaltskürzungen betragen bis über 40 Prozent. Der Sparplan sieht weiter eine Verringerung in der Vergütungsordnung vor. Auch ein Personalabbau wird in Erwägung gezogen, bei dem neben dem Soloperional insbesondere das Orchester, der Singchor und das technische Personal betroffen werden. Von besonderer Wichtigkeit ist der Abschluß einer Konvention mit den Stadttheatern Stuttgart und Darmstadt zwecks unentgeltlicher Aushilfeleistungen. Die Verhandlungen sind bereits mit den Instituten in die Wege geleitet worden, und die sie stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Der Gesamtbetrag der Ausgabenkürzungen des neuen Sparprogramms erreicht nach den vorläufigen Berechnungen die Summe von rund 480 000 M.

Politische Ausschreitungen in St. Georgen

St. Georgen i. Schw., 6. Sept. In einer am Samstagabend im „Deutschen Haus“ abgehaltenen nationalsozialistischen Versammlung kam es während der Rede des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Rupp-Karlsruhe zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Anhängern der SPD, als der Saalbesitzer einen Zwischenrufer, den 30 Jahre alten Former Ludwig Müller, aus dem Saal entfernen wollte. Trotz sofortiger Eingriffen der Polizei und Gendarmerie entstand ein großer Tumult, in dem Stühle, Bierflaschen usw. als Wurfgeschosse und Hiebwerkzeuge benützt wurden. Der Former Ludwig Müller wurde hierbei lebensgefährlich verletzt. An seinem Aufkommen wird gemerkt. 20 weitere Personen erlitten leichtere Verletzungen. Zwei mussten ins Krankenhaus aufsuchen.

Zu den Vorkäufen wird noch folgendes mitgeteilt: Während der Rede des Reichstagsabgeordneten Rupp soll, was durch die Unterbrechung noch weit festgestellt werden mußten, der Former Ludwig Müller gerufen haben: „Hitler verrecke“. Darauf soll der geordnete Rupp geantwortet haben: „Kaus mit dem Kerl!“ Als der Saalbesitzer sich anschickte, diesen Zwischenrufer zu entfernen, entstand im Saal eine große Schlägerei, von deren Beginn die anwesenden Polizei- und Gendarmereibeamten übertraht worden sind. Im ganzen wurden 30 Stühle, acht Fensterhaken, sowie mehrere Waffenschränke voll Flaschen und Gläser zertrümmert. Die Polizei und Gendarmerie griff einmütig durch. Zwei Personen wurden festgenommen. Auf der Straße kam es zu heftiger Zusammenstößen. Die Verletzten haben in der Hauptstraße Verwundungen am Kopf erhalten. Bis auf zwei konnten sie nach Anlegung von Kotschürzen nach Hause entlassen werden.

Hakenkreuzlerprüche bei den Markgräfler Bauern

Aus Müllheim erhalten wir folgende Zuschrift, die auch im Karlsruhe' Bezirk von Interesse ist:

Die politischen Maulhelden und Strümpfknosper, die Nazis, „Belgarden“ zur Zeit des Markgräflerland mit Vorträgen. Man kann sich denken, was da oft für ein haarsträubendes Wesch und hanebüchener Unsinn verapft wird. Um den Eindruck gutbehafter Versammlungen zu hindern, wird das gesamte Nazivolk aus acht bis zehn Ortschaften zusammengesammelt und dorthin herbeiert, wo der Nazischwäger auftritt. Als Leiter des Kummels paradiert gewöhnlich der in letzter Zeit latzjam bekonnnt geordnete Raschreiber Michel aus Müllheim. Wenn wir in nachfolgendem einiges aufzählen, so folgen wir den in einer Müllheimer Tageszeitung von den Nazis selbst verfassten Berichten.

Geradesu erdöchtig zu lesen ist, wie in Schliengen ein Nazikreisrat Plattner aus Karlsruhe den Aussag der 107 Hakenkreuzler aus dem Reichstag begründete. Er sagte, die Geschäftsordnung des Reichstages hätte ihnen unmöglich gemacht, erfolgreiche Arbeit zu leisten und nur deshalb seien sie abmarschiert. Dabei weiß doch bald jedes Kind, daß die Verschärfung der Geschäftsordnung geschaffen wurde, um gegen die Spektakelwit und ähnlichen Unfug der Nazis und Kommunisten einen Damm aufzurichten. Jetzt wissen wir es besser: Mit einer Podans-Uniform im Reichstag erscheinen. Heil brüllen oder mit anderem Lärm die sachlichen Beratungen hören, heißt nach Plattner „erfolgreiche“ Arbeit leisten.

In Neuenburg wurde allerdings dieser Herr Plattner von einem häuerlichen Gemeinderat in der Diskussion arg auf den Bodenboden gesetzt. Derselbe zerstückte gründlich die Plattnerbeiden des Plattner über die Ursachen des verlorenen Krieges und der heutigen Wirtschaftsnote und nannte das, was Plattner darüber fabulierte, ein hohles Gerede.

Den Bauern wird es im Hittlerreich glänzend gehen. In Berlin und Tannentisch versproch der Nazimann Wegmann, den man ebenfalls von Karlsruhe aus auf die oberbadische Bevölkerung losläßt, den Landwirten, im „Dritten Reich“ würden sie aus der Staatskasse jederseits Darlehen zu billigem Zinsfuß bekommen. (11) Diese Stichproben des gegenwärtigen Hittlerputs im Markgräflerland mögen für heute genügen. Ob man eine, ob man zehn Naziverammlungen besucht — immer hat man den gleichen Eindruck: Was alle diese von volkswirtschaftlichen und politischen Kenntnissen vor Unwissenheit strotzenden Nazi-Oratorien von sich geben, ist eine Spekulation auf Leichtgläubigkeit, Einfaltssinnigkeit und Beschränktheit der Zuhörer.

Politisches Gefindel

Aus Offenburg erhielten wir am Samstag folgende Mitteilung:

„Der neue Volksfreund-Schaukasten ist heute morgen zwischen Mitternacht und Tagesanbruch aus dem Hauie Republikstraße 8 gekloppt worden, trotzdem beide Türen im Hausgang geschlossen waren. Der erschwerte Diebstahl ist bereits der Kriminalpolizei zur Anzeige gebracht worden. Die Täter sind vermutlich Hittlerleute. Anscheinend mit einem Nachschlüssel wurde die Tür geöffnet. Die Nazis scheinen zu dem Diebstahl übergegangen zu sein, als sie sahen, daß dem Besitzer der Mauer, an dem der Kasten aufgehängt war, dem Bahnhofshotelbesitzer Ketterer, nicht mit einem Drohbrieff der Hittler beizukommen war. Sie hatten einen Brief geschrieben, nach dem Ketterer veranlaßt werden sollte, die Erlaubnis zum Kastenabhang zurückzugeben.“

Dieser Diebstahl bildet ein würdiges Glied in der Kette der nationalsozialistischen Unbestände, von denen wir in letzter Zeit aus den verschiedensten Teilen des Landes und des Reiches berichten mußten. Der Vorgang verrät eine politische Verwilderung, welche die Nationalsozialisten völlig in die Reihe jener Gesellschaft verweist, aus denen die „Sturmabteilungen“ ein Teil ihrer Mannschaften rekrutieren. Von Politik kann man da nicht mehr sprechen; denn derartige Treiben kann nur politisches Gefindel unternehmen. Um so mehr ist es Aufgabe der Staatsgewalt, diesem Treiben in schärfster Weise nachzugehen und gegebenenfalls die strengsten Maßnahmen der Justiz in Anwendung zu bringen, wenn nicht das deutsche Volk in Gefahr kommen soll, einer politischen Verwilderung zu erliegen, die es aus den Reihen der Kulturstaaten streichen müßte.

Republikverleumdung als Biertischgespräch

Ein Beispiel für viele

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Eine deutschnationale Verleumderei ist, als man ihr auch nur selbe auf die Lebenstühen trat, de und wehmütig zu Kreuze gezogen. Das ist, kurz zusammengefaßt, der Schlusseffekt einer Verhandlung, die am Freitag vor dem Stuttgarter Schöffengericht stattgefunden hat. Im Anschluß an den Zusammenbruch der Monatsbank und die Schließung der Banken vor in Böblingen das Gericht verbreitet worden, der württembergische Staatspräsident Holz vom Zentrum habe rechtzeitig für sich geforot, indem er 200 000 Mark in die Schweiz verschoben und dort ein Grundstück erworben hätte. Das ließ Holz begreiflicherweise nicht auf sich sitzen, sondern stellte Strafantrag wegen Übler Nachrede.

Der Verlauf der Gerichtsverhandlung war für die Verbreiter der Verleumdung, in der Mehrzahl Beamte oder Pensionäre der Republik, ein Reinfall schlimmster Art. Die Verleumdung ging aus von dem noch jugendlichen Obersekretär am Stuttgarter Wohnungsamt Gudelberger, der von einem unbekannt geliebten Dritten, der wiederum mit einem Bankbeamten befreundet sein soll und es dabei ganz gewiß behaupten zu können glaubte, zuerst von der Sache erfahren hatte. Er sagte es dann weiter zu einem gewissen Otto Ebert in Stuttgart, dieser gab es an den Generalmajor a. D. Reim, der es brüßwarm an den Major a. D. Palmmer in Böblingen, dem Leiter der dortigen Hiegerschule und des Flughafens, weitererzählte, und zwar mit dem ausdrücklichen Bemerkten, ein Zeuge würde dafür einsehen und man könne davon Gebrauch machen. Das tat Palmmer auch und erzählte es einem Privatgelehrten Dr. rer. vol. Karl Wanner, dieser wiederum dem Regierungsbaumeister Karl Haas und nun wußte man es binnen 24 Stunden an allen Wirtshäusern Böblingens, Stuttgarts usw.

Die Bemerkung ergab, daß an dem Gericht kein wahres Wort war. Die genannten sechs Angeklagten waren daher überaus kleinlaut, stammelten etwas davon, daß sie selbst gar nicht an das geglaubt hätten, was sie aber doch so eifertig weiterverbreitet haben. Das Ergebnis war, daß sie sich sämtlich zur Unterzeichnung eines von Staatspräsident Holz aufgesetzten glatten Widerrufs ihrer Behauptung bereit erklärten, der auf ihre Kosten in einer größeren Anzahl von Blättern veröffentlicht werden soll, eine Buße von 1000 Mark für wohltätige Zwecke erlegten und die Kosten des Verfahrens übernehmen. Daraufhin wurde der Strafantrag zurückgezogen und das Verfahren eingestellt.

Man darf bezweifeln, daß mit den Angeklagten so glimpflich verfahren worden wäre, wenn es sich nicht um politisch rechts stehende Leute, sondern etwa um Sozialdemokraten oder gar Kommunisten gehandelt hätte. Der Fall charakterisiert jedoch die Art, wie „gebildete Kreise“ die Republik und ihre Führer verleumden.

Hausfrauen, Kinder!

Lanella
GARANTIE-MARGARINE

Glückstüten Preisausschreiben
Rum. **50.000** IN BAR
und **40.000** Sachpreise
GRATIS! Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann

111 SN 30-90



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

7. September.

1830 Revolution in Braunschweig. — 1831 *Französischer Bismarckdichter B. Sardou. — 1848 Aufhebung des bürgerlichen Untertänigkeitsverhältnisses in Oesterreich. — 1860 Garibaldi Diktator. — 1872 Sozialisten-Kongress in Mainz. — 1929 Grundsteinlegung zum Völkerbundspalast in Genf.

Das Gehirn zittert

Neue Untersuchungen über den Straßenlärm

Wenn der Mensch vom Jahre 1850 heute durch die Straßen unserer Stadt gehen sollte, er würde den Lärm nicht ertragen können. Wir haben uns schon so an das Lärm-treiben der Straße gewöhnt, daß wir den normalen Lärm kaum noch als störend empfinden. Wir lernen die Einwirkungen des Lärms auf uns erst dann erkennen, wenn die Schädigung durch den Lärm bereits fortgeschritten ist.

Solche Nervenschädigung und Gesundheitsbeeinträchtigung ernstere Art zeigt sich aber aus vielen Einzelwirkungen zusammen, wie wir sie täglich erleben, und um diese täglichen Einwirkungen festzustellen, hat man untersucht, wie der Lärm sich im menschlichen Hirne bemerkbar macht.

In der Preussischen Akademie der Wissenschaften sprach jetzt Prof. Dr. R. W. Wagner, der Direktor des Instituts für Schwingungsforschung an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg, über diese Beobachtungen, die uns beweisen, daß der Lärm stärker auf uns wirkt, als wir glauben.

Man hat zu diesen Untersuchungen Personen benutzt, denen vom Krüge her oder durch Unfall ein Teil des höfneren Schädelknochens fehlte. Auf den nachgiebigen Teil der Schädelknochen ließ man dann eine Registrier Vorrichtung einwirken, und so zeichnete man dann die Druckschwankungen in der Gehirnmasse auf.

Was sich ergab, war ein starker Anstieg des Druckes im Gehirn nach einer Lärmreizung. Dieser erhöhte Druck hielt sogar noch einige Minuten an.

Aus diesem Zittern des Hirns heraus erscheint es begreiflich, daß Lärm mit der Zeit auf die Nerven jedes Menschen schädlich wirken muß und daß die Vermeidung unnützer Lärms, wie sie heute allgemein für den städtischen Verkehr erstrebt wird, eine gesundheitsliche Notwendigkeit für jeden einzelnen ist.

Betrüger Eichbach und seine Opfer

Die Badische Presse weiß folgendes zu berichten: Eine der zahlreichen Opfer des Betrügers Eichbach, eine 56 Jahre alte Witwe aus Karlsruhe hat sich den Verlust ihres Vermögens in Höhe von 30 000 M. das sie Eichbach anvertraut hatte, so zu Herzen genommen, daß sie dieser Tage freiwillig in den Tod ging. Die bedauernswerte Frau wurde am 2. September von Angehörigen der Polizei als vermißt gemeldet. Sie hatte sich am Mittwoch von zu Hause entfernt, war mit einem Zug nach Bruchsal gefahren und dort in den Schnellzug Stuttgart-Frankfurt einbestiegen. Auf der Fahrt von Bruchsal nach Heidelberg sprang die Frau beim Stellwerk Mingsheim aus dem fahrenden Schnellzug, wurde von Bahnarbeitern aufgefunden und in das Heidelberger Akademische Krankenhaus gebracht, wo sie, wie wir in der Donnerstag-Ausgabe der Badischen Presse an anderer Stelle aus Bruchsal berichteten, bald nach ihrer Einlieferung verstarb. Man nahm ursprünglich einen Unglücksfall an. Jetzt stellt sich jedoch heraus, daß die Frau infolge ihres Vermögensverlustes durch den Schwindler Eichbach einen Nervenzusammenbruch erlitt und freiwillig in den Tod ging.

Die Auslieferung des in der Schweiz verhafteten betrügerischen „Wohltäters“, der in geradezu unglaublich gewissenloser Weise älteren Leuten ihre Sparatzen abnahm, köhlt, wie wir erfahren, auf Schwierigkeiten, da Eichbach auch in der Schweiz mehrere betrügerische Verurteilungen verbüßt hat, die die Schweizer Justizbehörden zuerst abzuwehren gedachten. So hat er sich in der Schweiz u. a. auf betrügerische Weise 3000 Franken verschafft. Die Karlsruher Staatsanwaltschaft wird jedoch auf diplomatischem Wege versuchen, den Gauner möglichst rasch ausgeliefert zu erhalten, damit er in Karlsruhe seine wohlverdiente Strafe erhält.

Soweit die Badische Presse, die allem Anschein nach über den Fall Eichbach sehr gut unterrichtet ist. Und wir möchten noch hinzufügen: Eichbach war auch ein eifriger Hitleranhänger, in seinem Büro lag der Führer auf, so daß die Besucher gleich erkennen konnten, daß auch der Inhaber des Treuhandbüros Eichbach zu der Garde des dritten Reiches gehört. Von dieser Tatsache wird allerdings die Badische Presse ihrer Verleumdung nichts mitteilen; denn wenn es sich um einen Hitlerianer dreht, dann gilt doch die Parole: „Schönendste Behandlung wird zugesichert.“

Schlupffeier der örtlichen Kinder-Erholungs-fürsorge bei der Arbeiterwohlfahrt

Die Schulferien gehen ihrem Ende entgegen und mit ihnen auch die diesjährige Wald- und Felderholung der Kinder bei den freien Wohlfahrtsverbänden. Leider hat die Unruhe der Witterung die Durchführung der örtlichen Erholungsaktionen ungünstig beeinflusst und manchen Tag war es kaum möglich, auch nur eine Stunde sich im Freien dem fröhlichen Spiel zu widmen, oder kleine Spaziergänge zu unternehmen. Aber die Schulfürsorge läßt sich durch die schlechte Laune des Herrn Pluvius mit seinen vielen Regen, nichts als Regen, nicht allzu sehr einschränken. Sie versteht es, auch in geschlossenen Räumen sich Unterhaltung und Abwechslung zu schaffen, sei es durch fröhlichen Gesang, durch Spiel oder durch Bastel- und Handarbeiten aller Art. Und das ist gut so, denn mit diesen abwechslungsreichen Beschäftigungen ist sie glücklich über die unangenehmen Stunden und Regentage hinweggekommen.

Um nun aber den Kindern noch einen besonderen Gedanktag zu schaffen, findet, wie alljährlich, auch diesmal eine kleine Feier statt, an der die verschiedenen Gruppen zeigen werden, wie neben Gymnastik, Körper- und Gesundheitspflege auch die geistige Entwicklung gepflegt wurde. Interessant ist zu beobachten, mit welcher großen Eifer sie an die Nacharbeiten herangehen; auch die innerlichen entwickeln bei der großen Menge von Eltern einen guten Appetit und besitzen sich, daß sie nicht zu kurz kommen. Am Mittwoch, den 9. September, nachmittags 3 Uhr, sind nun die Eltern der Kinder nebst sonstigen Freunden und Gönnern unserer Sache auf den Platz der Freien Turnerschaft an der Lindenallee Landstraße herzlich eingeladen, um Zeuge zu sein von dem munteren Treiben und Spielen der Kinder. Öffentlich hat auch der Wettergott Verständnis für die gute und schöne Sache und zeigt die sonnige Seite seines bisher trüben launigen Gesichts.

Städte und Notgeseß

Vom Badischen Städteverband und Städtebund wird uns geschrieben:

Zeitungsnotizen zufolge wurde bei den Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Landtags am letzten Freitag die Auf-fassung vertreten, daß die Mehrbelastung der Gemeinden durch das Notgeseß vom 9. Juli 1931 in Höhe von insgesamt 6,73 Millionen Reichsmark durch die Gebaltskürzungen und sonstigen Unter-stützungsmassnahmen des Reiches und Landes vollständig ausgeglichen sei. Dem Verluste der Gemeinden stünde sogar noch ein wesentlicher Gewinn gegenüber. Manche Gemeinden hätten dabei einen ziemlichen Ueberfluß.

Demgegenüber muß nochmals ausdrücklich betont werden, daß die Darlegungen der Städte über die finanziellen Auswirkungen des Notgeseßes sich auf die amtlichen Zahlenangaben und Ausführungen des Herrn Finanzministers stützen, der die Ersparnisse der Gemeinden aus der badischen Sonderlösung der Beamtengehälter auf etwa 2,5 Millionen Reichsmark geschätzt hat, während den Gemeinden durch das Badische Notgeseß 6,73 Millionen Reichsmark entzogen werden. Es bleibt demnach als Folge des Notgeseßes eine Verschlechterung des Budgets der Gemeinden um 4,23 Mill. RM. bestehen. Zu den im Haushaltsausschuß bekanntgegebenen ander-weitigen Berechnungen kann man nur kommen, wenn man die finanziellen Erleichterungen der Gemeinden durch die vorausge-gangene Reichsnotverordnung vom 5. Juni 1931 mit einrechnet. Diese Mittel stellen aber, wie die Städte in ihrer Eingabe an den Landtag vom 25. August 1931 bereits eingehend dargelegt haben, nach dem Willen des Reiches einen Zuschuß zu den seit der Aufstellung der Gemeindevoranschläge für 1931 eingetretene Er-höhungen der Aufwendungen für die Kraftfahrverkehrsmittel dar und können deshalb vom Lande unmöglich als Gegenleistung für die neue Mehrbelastung der Gemeinden durch das Badische Not-geseß in Rechnung gestellt werden. Nach den Berechnungen des

Deutschen Städtetages betragen die Aufwendungen der Gemeinden für die Erwerbslosen im Jahr 1928 160 Mill. RM.; sie sind 1929 auf 270 Mill. RM., 1930 auf 665 Mill. RM. gestiegen und werden 1931 mindestens 1040 Millionen betragen.

Das Badische Notgeseß läßt ferner den katastrophalen Rückgang aller Einnahmen der Gemeinden (sowie aus den Reichsüberwe-lungssteuern, der Grund- und Gewerbesteuer, Gebäudebesitzersteu-er, Grunderwerb- und Zuzugssteuer, wie aus den städtischen Werken, Verkehrsunternehmen und vor allem auch aus den Wäldungen un-berücksichtigt. Diese Rückgänge machen zusammen mit den erhöhten Aufwendungen für die Fürsorge eine Verschlechterung der badischen Gemeindebudgets um insgesamt 25 Millionen Reichsmark aus. Sie entsprechen ungefähr den Berechnungen des Deutschen Städtetags, der das gegenwärtige gefamte Defizit aller deutschen Gemeinden mit 800 Millionen Reichsmark angesetzt hat. Daß auch mit der rasanten Zurückführung der Bürgermeister- und Beamtengehälter nur ein Bruchteil dieser Haushaltsdefizite ausgeglichen werden kann, werden die nächsten Wahlen zur Genüge zeigen und es bleibt dabei, daß der Ausgleich des Landesbudgets durch das Badische Notgeseß nur eine Verhinderung des Fehl Betrags vom Staat auf die Gemeinden bedeutet.

Die Städte müssen daher ihre lautiiche Stellungnahme zu dem Notgeseß in vollem Umfange aufreht erhalten und bitten den Landtag nochmals dringend, der durch die wachsende Fürsorgekost außerordentlich bedrängten Lage der Gemeindehaushalte Rech-nung zu tragen und die durch das Notgeseß vom 9. Juli 1931 her-beigeführte weitere Belastung der Gemeinden aufzuheben. Die Städte glauben auf eine Berücksichtigung dieser Bitte umso mehr rechnen zu dürfen, als sich kein anderes Land entziehen konnte, die durch die Arbeitslosenfürsorge ohnehin aus überhöht ange-spannten Gemeindebudgets im gegenwärtigen Augenblicke durch eine Milderung des Finanzausgleichs noch weiter zu belasten.

Volksbühne und Landestheater

Von der Volksbühne wird uns geschrieben: In dem Kampfe zur Erhaltung unseres Landestheaters will und darf die Karlsruher Volksbühne nicht untätig zur Seite stehen. Sie stellt mit ihren weit über 4000 Mitgliedern, die dem Landestheater 48 seiner (bisher) 300 Abendvorstellungen füllten, die weitaus stärkste Gruppe der regelmäßigen Theaterbesucher dar. Diese 4000 Volksbühnenmitglieder aber sehen in der Schauspielerei nicht eine Einrichtung, „der Unterhaltung und des Vergnügens“, sie sehen in ihr eine der wichtig-sten Kulturstätten, die ihnen Bildung, Belehrung, Er-hebung und Erbauung und nicht zuletzt auch Erheiterung bietet, eine Erheiterung allerdings, die alles andere als flüchtiges Amüsement bedeutet. Der Volksbühnenbesucher genießt im Theater Stunden der Befreiung von der Last des Alltags.

Die Volksbühne weiß sich mit allen denen, die etwas von Theater, Theaterbetrieb und -wirtschaft verstehen, einig, daß die hohen Forderungen, die sie an ein Kulturtheater stellt, nur von einer Bühne erfüllt werden können, die auf ge-meinwirtschaftlicher Basis betrieben wird. Nie wird unter gleichen wirtschaftlichen Bedingungen ein Privat-theater die kulturelle Höhe eines Landestheaters erreichen oder gar auf die Dauer durchhalten können. Immer werden bei einem Wächter eines Theaters finanzielle und künstlerische Gesichtspunkte einander bekämpfen und siegen werden in der Regel — die finanziellen. Von der sozialen Seite der Frage ganz zu schweigen.

Aus diesen Gründen protestiert die Volksbühne energisch gegen die Pläne, unser Landestheater der Privatwirtschaft auszuliefern. Freilich geht es nicht um den Verkauf des Theater und die Volksbühne wird nach ihren Kräften zu den Ersparnissen beitragen. Aber: Ersparnis muß uns unser Kulturtheater bleiben! Das ruhen wir in der Stunde der Gefahr den Verantwortlichen zu. Das Volk ist verloren, das seine Kulturgüter preisgibt!

Die Polizei berichtet:

Betrunkener Kraftfahrer

Der Führer eines Kraftwagens mit Anhänger fuhr in Kart angetrunkenem Zustand aus Richtung Durlach durch die Kaiserstrasse. Die Polizei verurteilte am Durlacher Tor und an der Kronenstrasse ihn zum Anhalten zu zwingen. Er fuhr trotz der Sperreisen mit Vollgas weiter, so daß der Beamte sich nur durch schnelles Ausweichen vor dem Ueberfahren retten konnte. Erst an der Hauptpost gelang es mehreren Polizeibeamten den Wagen zum Stehen zu bringen. Auf der Fahrt durch die Kaiserstrasse fuhr der betrunkenen Fahrer einen Personnenwagen an, wodurch ein Sach-schaden von etwa 400 M. entstand. Auch die beiden Mitfahrer waren betrunken. Bei der Festnahme leistete der rabiate Fahrer erheblichen Widerstand und beleidigte die Beamten. Das Verfahr-en auf Entziehung des Führerscheines ist eingeleitet.

Berkehrsunfälle

Am Samstag nachmittags wurde in der Ettlinger Straße in Durlach eine 72jährige Frau von einem ausländischen Personnen-kraftwagen angefahren und erheblich verletzt. Soweit sie jetzt feststeht, trifft den Kraftfahrer die Hauptschuld an dem Unfall. Der Kraftwagen wurde zur Prüfung seiner Ver-kehrsfähigkeit polizeilich sichergestellt.

Fakt an der gleichen Stelle stieß am Samstagabend ein Personnenkraftwagen mit einem Kraftwagen zusammen. Der Per-sonnenkraftwagen wurde dabei umgeworfen und so schwer beschädigt, daß er abgeschrieben werden mußte. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Schuld an dem Zusammenstoß trifft den Führer des Personnenkraftwagens, weil er dem entgegenkommenden Wagen nicht weit genug nach rechts ausgebogen ist.

Diebstähle

In den letzten Tagen wurden mehrere Fahrräder gestohlen. In einem Falle konnte der Täter festgenommen werden. — Ein ledi-ger Goldschmied entwendete einer Hausangehörigen ein Handtäsch-chen mit 20 M. Inhalt; außerdem erhol er mit einem in der Dandlische befindlichen Gewächshaus am Bahnhof einen Handkoffer, in dem sich Gegenstände im Werte von 200 M. befanden.

Mutwillige Alarmierung der Feuerwehr

Sonntag nacht wurde Ede Karl- und Hohenzollernstraße ein öffentlicher Feuermelder von einem 25jährigen Kellner mutwilliger

weise in Tätigkeit gesetzt, so daß die Berufsfeuerwehr ausrückte. Die Handlung wird für den Täter ziemlich unangenehme Folgen haben.

Schlechte Badefrequenz

Der Besuch der städtischen Bäder im Monat August gestaltete sich folgendermaßen:

A. Hallenbäder: Schwimmbäder (1930: 22 977) 1931: 20 567, Wannensbäder (13 353) 9708, Koffensbäder (254) 384, Schaum-bäder (58) 27, Kneippgüsse (273) 114, Fangobäder (111) 158, Dampf-bäder (543) 480, Elektr. Lichtbäder (636) 652, Kur-bäder (632) 673, Brausebäder (223) 106, zusammen (1930: 89 000) 82 897. B. Freibäder: Reinfrankenbad Rappensdorf 1930: 60 046, 1931: 32 496. Sonnenbad am Rheinbaben: (5433) 3820.

(*) Sprechversuche mit dem „Graf Zeppelin“. Geduldige Radio-hörer konnten am Montag früh kurz nach 4 Uhr eine Senation am Südrand erleben: Es war gelungen, auf eine Entfernung von über 1000 Kilometer direkt mit dem „Graf Zeppelin“ in Telefonver-kehr, teilweise über den Sender Toulouse zu treten. Die Sprech-versuche sollten schon am Sonntagabend ab 22 Uhr durchgeführt werden, das Luftschiff konnte jedoch wegen der großen Entfernung zu dieser Zeit zu dem Sender Toulouse und wegen der verhältniß-mäßig geringen ihm zur Verfügung stehenden Sendeleistung noch nicht in Verbindung treten. Der Sprech-er am Bord des „Graf Zeppelin“ war teilweise recht gut zu verstehen, zeitweise störten Tele-graphischefer das Zwiegespräch. Die direkten Aufnahmeveruche wurden von der Aufnahmestelle bei Schloß Solitude durchgeführt.

Der deutsche Kunstflugmeister Gerhard Fieseler kommt nach Karlsruhe

Ein reichhaltiges Programm

Zum Flugtag am nächsten Sonntag sind nunmehr genauere Angaben bekannt. Das reichhaltige Programm, das sich der Badisch-Flug-klub als Auffahrtstreffen in Karlsruhe gelebt hat, steht neben dem deutschen Kunstflugmeister Gerhard Fieseler und seiner Schülerin Bronsch von Billing, der Teilnehmerin der Gildesof-Flugstaffel der Fliegerstaffel Hans Bertram u. a., mit den bekannten Piloten Kabinen-stein und Kabiner vor. Ein Modellflugwettbewerb, ein Briefkastentest, ein Kunstflug, Zielabwache, Knochentränken, ein Luftturnier, die flie-gende Gildesof-Flugstaffel und eine aus Käufern, Motorfahrern und Flugzeugen zusammengelegte Statette werden in dunkler Reihenfolge die Zuschauer unterhalten.

Bei dem Bezirksausstaffelung fliegen die Flugzeuge nicht zusammen in geschlossener Formation. An die Piloten stellt der Luftklub hohe Anforderungen, weil das Zusammenfliegen stärkstes Aussehen und eine bedingte Beherrschung der Flugzeuge erfordert. Beim Ziel-abwurf hat der Pilot in ein markiertes Zielfeld Weidendeut abzu-werfen. Durch die grobe Geschwindigkeit des Flugzeuges ist ein genaues Zieltreffen sehr schwer. Um dem Publikum die genaue Treffweite zu zeigen, sind die Weidendeut mit Weh gefüllt, so daß beim Aufschlag eine weiße Staubwolke entsteht. Zur Wallonjagd wird eine größere Anzahl kleiner Luftballons aufsteigen lassen, welche von den Flugzeugen zu vernichten sind. Wird der Wallon nicht genau vom Propeller getroffen, so gerät er in die Vorderräder des Flugzeuges, wodurch das Ziel und Lansen des Wallons hinter dem Flugzeug herovergieren wird. Die Kunstflüge des deutschen Kunstflugmeisters Gerhard Fieseler und seiner Schülerin, Bronsch von Billing, werden ohne Zweifel die größten Sensationen, an denen Billing, werden die verschiedensten Loopings, Sturzflüge, Zielflüge, Krabben, Säge-Flüge, Rollflüge, Kletterflüge, Schraubenturnen usw. gezeigt werden. Die fliegende Gildesof-Flugstaffel zeigt eine Gildesof-Flugstaffel-Attrappe mit einem Durchmesser von einem Meter und einer Länge von 6 Metern, die an einem 50 Meter langen Kabel von einem von Dipl.-Ing. Kurt Kahlenstein geführten Flugzeug durch die Luft geschleppt wird. Beim Luftturnier starten 2 Flugzeuge gemeinsam. In großer Höhe greifen sie dann einander an, um durch geschicktes Fliegen gegeneinander die Lenkung zu erzwingen. Säge, Krabben, Turns und andere Kunstflüge werden hierbei ausgeführt, um den Zuschauern zu imponieren.

Besonders zu erwähnen ist noch, daß Fieseler mit seiner von ihm selbst konstruierten „Tigerkralche“, einem Doppeldecker mit einem 200 PS starken Motor aus den flugtechnisch interessierten Zuschauern etwas Bes-sonderes bietet, da die sonstigen Flugzeuge beim Kunstflug nur einen Motor von 80 bis 100 PS haben.

In jeder Beziehung wird also der Flugtag für die Karlsruher Beob-achter, die die schon manchen Flugveranstaltungen gesehen hat, etwas ganz Neues bieten.

Aus aller Welt

Schweres Motorradunglück

Dresden, 7. Sept. (Funkt.) Auf dem Sachsenring im Grödenburger Walde wurden am Sonntag während des Kampfes um die Deutsche Motorradklub-Meisterschaft bei dem Seitenwagenrennen zwei Fahrer aus dem Wagen herausgeschleudert. Der Fahrer Busseitz zog sich einen schweren Schädelbruch zu und verlor nach wenigen Augenblicken das Bewusstsein. Der Fahrer von der Fahrer des D.M.K.-Klub, der das Unglück bei dem Rennen im Tempo erst bemerkte, als es bereits zu spät war. In dem Rennen der schweren Seitenwagenmaschinen kürzte der D.M.K.-Fahrer Kirtze so schwer, daß er mit erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Einsturzunfall im Wiesbadener Hauptbahnhof

Ein folgenschweres Einsturzunfall ereignete sich im Wiesbadener Hauptbahnhof. Infolge Bruches eines Drahtseiles kürzte ein in etwa 12 Meter Höhe angebrachtes Hännesgerüst, das zur Ausführung von Anstreicherarbeiten diente, in die Tiefe und rief fünf darauf beschäftigte Arbeiter mit sich nach unten. Einer der Verunglückten war sofort tot, die übrigen vier mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Wiesbaden, 6. Sept. Das gestrige schwere Einsturzunfall im Wiesbadener Hauptbahnhof hat noch ein zweites Todesopfer gefordert. Der schwerverletzte 34jährige Arbeiter aus Samborn ist ebenfalls seinen schweren Verletzungen erlegen.

Der Unfall des Motorbootes „Burgeland“

Hamburg, 5. Sept. Nach Mitteilung der Dampflinie hat der Kapitän der „Burgeland“, die ohne Hilfe wieder flott wurde, das Schiff bei Chino freiwillig auf Strand gesetzt, um eine provisorische Reparatur ausführen zu können. Wie schon berichtet, sind die 25 Passagiere des Schiffes auf dem Wege nach Koj.

Vorgetäushtes Eisenbahnattentat?

München, 5. Sept. Zu dem angeblichen Attentat auf den D-Zug 25 Rom-München-Berlin am Mittwochabend zwischen Neuland bei Freising und Pulling teilt die Staatsanwaltschaft München mit: Im Laufe der Ermittlungen hat sich der Verdacht ergeben, daß der Bahnwärter, der den Anschlag entdeckt haben will, diesen nur vorgetäuscht hat. Ob sich dieser Verdacht bestätigt, werden die weiteren staatsanwaltlichen Erhebungen im Benehmen mit den zuständigen Stellen der Deutschen Reichsbahngesellschaft ergeben.

Verhaftung eines Juwelenhändlers

D.3. Pirmasens, 5. Sept. Die weitere Ermittlungen über die Herkunft der bei dem Kaufmann Artur Lepp aus Saarbrücken vorgefundenen Edelsteine haben ergeben, daß sie aus der Sortierung stammen, die Lepp dem Inhaber einer Edelsteinfabrik in War (Wert 70 000 M) unter Verabreichung falscher Tatsachen am 11. Juli 1931 abgeschwemmt hat. Für ca. 20 000 M hat er insinuierten Edelsteine verkauft. Seine Festnahme war in erster Linie der Aufmerksamkeits eines Kaufmanns zu verdanken, der ihn von Wiesbaden nach Pirmasens gefahren hat.

Frankfurter Operntendant verzichtet auf einen Teil seiner Bezüge

Ein Beispiel von Anpassung an die Wirtschaftslage hat der Intendant der Frankfurter Oper, Prof. Turnau, gegeben. Prof. Turnau hat auf die Aufrechterhaltung seines Anstellungsvertrages hinsichtlich der ihm zustehenden Gehaltsbezüge verzichtet und dem Magistrat den Betrag mit dem Ergehen um Festsetzung eines verringerten Gehaltes zur Verfügung gestellt, wobei er dem Magistrat die Festsetzung seiner künftigen Bezüge überläßt.

Unfall beim Mailänder Autorennen

Mailand, 6. Sept. Bei dem hier abgehaltenen großen internationalen Autorennen geriet ein Alfa-Romeo-Wagen aus der Bahn, rannte gegen die Brüstung und stürzte in die Zuschauermenge. Der Wagenführer blieb unverletzt; von den Zuschauern wurden zwei getötet und 14 verletzt.

Wiener Herbstmesse eröffnet

Wien, 6. Sept. Die Wiener internationale Herbstmesse wurde unter harter Beteiligung auch aus dem Ausland heute feierlich eröffnet.

Selbstmord eines Bankiers in der Pfalz

D.3. Kusel (Pfalz), 6. Sept. Hier hat sich der Bankier Emil Wad, Inhaber des gleichnamigen Bankhauses, das in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist, in der Nacht zum Samstag in seiner Wohnung erschossen. Der Witwaber Ludwig Wad hat sich seit einigen Tagen von seiner Wohnung entfernt. Ueber sein Verbleiben ist noch nichts bekannt geworden. Ob Unregelmäßigkeiten im Betriebe vorzulegen sind, ist noch nicht geklärt.

Selbstmord eines Arbeiters

D.3. Pirmasens, 5. Sept. Der 23 Jahre alte Arbeiter Richard Blod wurde von Spaziergängern an einem Baum in einem Waldstück erhängt aufgefunden. Ueber die Gründe ist noch nichts bekannt.

Verhaftung bei der Marine

Wilhelmshaven, 5. Sept. (Via. Draht). Bei der Reichsmarine in Wilhelmshaven wurde ein Matrose von der Flotte unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet. Es wird zur Zeit noch untersucht, in welcher Weise er seine Spionagetätigkeit ausübte und welchen Umfang sie hatte.

Schrumpfung des Reiseverkehrs durch Wirtschaftskrise

Ganz besonders stark leidet der Reiseverkehr unter der Krise und erst recht hat sich die große Bankenschwierigkeit des Monats Juli ungünstig für die Bahn ausgewirkt. Im zweiten Vierteljahr 1931 hat der Reiseverkehr stark abgenommen, denn es wurden nur 421,2 Millionen Personen befördert, gegenüber 480,2 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Rückgang hat sich dann auch noch im Juli, dem eigentlichen Reisesommer, fortgesetzt. Im Juli beförperte die Bahn 151,5 Millionen Personen, im Juni 136,3 Millionen und im Juli dann nur rund 130,3 Millionen Personen. Zwar hat sich im Juli die mittlere Reifeweite und damit die Einnahmenhöhe wieder etwas verbessert, doch ist das Ergebnis noch immer recht betrüblich. Der Rückgang beträgt 8 V. im Monat Juni gegenüber dem gleichen Monat des vergangenen Jahres rund 47 Millionen beförderter Personen. Auch die Zahl der Sonderzüge hat außerordentlich abgenommen, denn im Juni dieses Jahres wurden nur 4000 Sonderzüge gestellt, gegen 10 000 Sonderzüge im Juni 1930, wobei man allerdings berücksichtigen muß, daß im vergangenen Jahr das Pfingstfest in den Monat Juni fiel.

Eine Pfalzoper G.m.b.H.

In Kaiserslautern fand im Stadtratsaal die Gründung einer Pfalzoper G.m.b.H. statt. Oberbürgermeister Dr. Baumann, Kaiserslautern, als Vorsitzender erging sich in ausführlicher Weise über die Vorgeschichte der Gründung und sprach all denen, die sich um die Erhaltung einer pfälzischen Musik- und Theaterbühne so hart eingelebt hatten, seinen wärmsten Dank aus. Der Sitz der Gesellschaft ist Kaiserslautern. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mark. Der Aufsichtsrat besteht aus 20 Mitgliedern, die von größeren Städten der Pfalz und größeren Gesellschaften gestellt werden.

Amerikas gewaltiger Goldbestand

Der gesamte Goldbestand in USA. beträgt nach einer halbamtlichen Information 5 Dollar Milliarden. Davon stellen 2 Dollar Milliarden geschätztes Auslandskapital dar. Daß man sich in amtlichen Kreisen mit Goldaufbewahrungssachen trage, wird auf das entscheidende befruchtet. Das einzige Mittel gegen die enorme Goldsituation sei die Wiederherstellung des Weltvertrauens. Ein einziger europäischer Staat, der in den halbamtlichen Informationen allerdings nicht genannt wird, hat allein 700 Millionen Dollar Goldwerte nach Amerika geschickt.

Die Voruntersuchung des Falles Bullarjahr vor dem Abschluß

Auf Antrag seines Verteidigers hat der Oberreichsanwalt den am 28. August abgelassenen Krankheitsurlaub für den Oberleutnant Walter Bullarjahr bis zur Entscheidung des Senats über den Wiederaufnahmeantrag verlängert. Die Voruntersuchung steht vor dem Abschluß. Die Verleumdung hat bis zum 10. September eine Erklärungsfrist zu den Zeugnisaussagen erhalten, so daß die Entscheidung über den Wiederaufnahmeantrag Ende September fallen dürfte.

Die Affäre Alsberg-Sinnes

Eine Erklärung des Rechtsanwalts Alsberg

M.B. Berlin, 8. Sept. Rechtsanwalt Professor Dr. Alsberg verleiht folgende Erklärung: Nachdem ich diese Nacht von meinem Ferienurlaub zurückgekehrt bin, habe ich heute noch Herrn



Rechtsanwalt Dr. Alsberg

Juristat Dr. Siegfried Löwenstein beauftragt, gegen die Eheleute Glade und diezeitigen Zeitungen, die sich deren verurteilten Verleumdungen zu eigen gemacht haben Strafantrag zu stellen. In dem gerichtlichen Verfahren wird der rezeptive Beweis dafür geführt werden, daß die gegen mich erhobenen Beschuldigungen schlechthin jeder Grundlage entbehren.

Apothekenbetrüger als Mörder entlarvt

M.B. Berlin, 5. Sept. (Via. Meldg.) Von Kriminalbeamten der Dienststelle D 3 wurde heute ein Schwindler gefangenommen, der eine ganze Reihe von Drogeriebetreibern empfindlich geschädigt hat. Er trat mit Geschäftleuten, die ihre Läden verkaufen wollten, in Beziehungen, und arbeitete einige Zeit zur Probe, um festzustellen, ob das Geschäft lukrativ sei. Die Probezeit benutzte er zu Betrügereien. Auf der Reviernache, worin man ihn nach seiner Festnahme in einer Pension in der Potsdamer Straße gebracht hatte, unternahm er dreimal Versuche, zu flüchten und wollte sich auch die Pulsadern aufschneiden. Dieses

Verhalten entsprach so wenig dem Gebaren des Schwindlers, daß er zur Schau tragen, daß man die Vermutung hegte, hinter dem festgenommenen Mörder mehr zu suchen sein. Das Verhör nahm eine sensationelle Wendung. Hanrath gab nicht nur die Schwindeleien zu, sondern legte auch das Geständnis ab, in Düsseldorf einen Mord an einer Frau verübt zu haben. Es ist das der Mord, der am 5. August d. J. an der Drogeriebetreiberin Charlotte Braunsdorf geb. Böttcher verübt wurde. Die Ermordete wurde am 6. August von einem Bekannten, der sie vormittags besuchen wollte, mit durchschnittener Kehle hinter einem Schaufenstervorhang verblutend ermordet aufgefunden. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich schon damals auf Hanrath, er war aber aus Düsseldorf verschwunden und nicht zu finden. Man vermutete, daß er nach Paris geflüchtet sei. Dieses Verbrechen hat Hanrath in dem Verhör in allen Einzelheiten zugegeben.

Partei-Nachrichten

Der Vorsitzende der Friedensgesellschaft ein Feind der Sozialdemokratie

Am 26. Juli 1931 forderte der Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, der frühere Sozialdemokrat Küster, zu jener Zeit jedoch bereits Mitglied der Kommunistischen Partei, auf einer Tagung der Deutschen Friedensgesellschaft in Sagen die Delegierten, soweit sie Mitglieder der SPD. wären, zu einer besonderen Besprechung auf. In dieser Zusammenkunft legte Küster die Gründe für die Zukunftsfrage dar. Ihr Zweck sei, „den Grundstein zu legen zu einer neuen Partei oder den Anschluß an ein neues radikales linksgerichtetes Gebilde zu suchen“. Das solle durch die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ geschehen.

Die Gründung dieser „Arbeitsgemeinschaft“ erfolgte auf jener Tagung. Es wurde ein Ausschuss von fünf Personen gewählt, der Zustimmungserklärungen sammeln und Verhandlungen mit nahe stehenden Gruppen und Kreisen aufnehmen sollte. In einem Zirkular, das die „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ am 7. August 1931 herausgab, teilte sie die Verleumdung von Werbeblöcken mit und betonte: „Inzwischen werden wir Verhandlungen mit oppositionellen Gruppen aufnehmen...“ Die Zeitschrift „Das andere Deutschland“, das Organ der Friedensgesellschaft, vom 29. August 1931, erklärt auf „mehrere Anfragen“, daß der kommunistische Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, Fritz Küster, an der Gründung der „Arbeitsgemeinschaft“ beteiligt sei.

In einem kleinen Parteiort haben infolge jener Aktion einige Parteigenossen den Austritt aus der Partei mit ihrem Beitritt zu der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ beantragt. Aus alledem ergibt sich, daß es sich um eine gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtete Organisationsgründung handelt, die den Charakter einer kommunistischen Hilfsorganisation trägt.

Der Parteivorstand beschloß in seiner Sitzung vom 4. September: „Die Zugehörigkeit zur „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ ebenso jede Unterstützung dieser Organisation ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Unter dem heftigen Einfluß des Herrn Küster sowie unter dem Einfluß des anderen Deutschland haben in manchen Parteiortern und Parteiverbänden einzelne Mitglieder der Friedensgesellschaft, die auch ausnahmsweise Mitglieder der SPD. sind, durch ihre fortgesetzte und oftmals auch böswillige Kritik und Hürgelei an der Partei herabwürdigen Anmut erregt. Wo immer solche „Friedensfreunde“ auftreten, werden die Parteigenossen auf daran tun, nicht nur lokal auf sie zu achten, sondern auch ihnen in gebührender Weise entgegenzutreten. Die Bildung der sogenannten Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Deutschen Friedensgesellschaft zeigt, daß Herr Küster und die übrigen Drahtzieher im Interesse der kommunistischen Partei Stützungs- und Spaltungsversuche innerhalb der Sozialdemokratie unternehmen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 4. September: Doris Klein, alt 26 Jahre, Apothekerin, ledig. Beerdigung am 7. September 14 Uhr. Friedrich Fränkle, Kaufmann, Chemann, alt 34 Jahre. Beerdigung am 7. September 13.30 Uhr.


Es gibt wieder billige Zigaretten
 und nicht nur billige, sondern auch gute:

OBERST
 bietet eine reine Orient-Qualität und ein vollgewichtiges Format zum Preise von
3 1/3 Pfg.
 Packung zu 12 Stück 40 Pfg.
 Packung zu 6 Stück 20 Pfg.
 demnächst Packung zu 3 Stück 10 Pfg.

ADGB. Karlsruhe-Durlach-Etlingen

Montag, 7. September, abends 7 1/2 Uhr, findet im „Volkshaus“ Delegiertenversammlung statt.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Funktionär-Versammlung
Donnerstag, 10. September, 20 Uhr, im Lokal zum „Elefanten“, Kaiserstraße

Politische Aussprache.
Das einleitende Referat hält der Reichstagsabgeordnete Genosse Schäpflin.

Sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion
Die auf Montag anberaumte Fraktionsitzung muß auf Dienstag, 8. September verlegt werden.

Bezirk Bulach
Am Freitag, den 11. September, abends 8 Uhr, findet im Lokal zur „Krone“ eine Parteiversammlung statt.

Es gibt nichts Angenehmeres
für eine Frau, als das Bewußtsein, daß ihre Maßgebende in tadelloser Ordnung sind.

Auskünfte der Redaktion
A. Sp. Weder Thomas Mann noch Heinrich Mann sind jüdischer Konfession.

Lichtspielhäuser

Zwei Filmhäuser verabschieden sich.
Seit Montag, 7. September 1931 verabschieden sich Renate Müller und Gustav Prädlich in den Lichtspielhäusern, Waldstraße 30, in ihrem deutschen Ton- und Sprachfilm: „Liebeslied“.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte
Mit dem weiteren Einfluß des kalten Tiefs nach Nordosten hat sich bei uns unter dem Einfluß des nachfolgenden hohen Druckes Besserung durchgesetzt.

Wasserstand des Rheins
Basel 211, Waldshut 388, Schaffhausen 290, Rehl 430, Maxau 654, Mannheim 565 Zentimeter.

Kleine bad. Chronik

Der erste Schnee auf dem Feldberg
Freiburg i. Br., 5. Sept. Die außerordentlich schlechte Witterung der letzten Tage hat im Schwarzwald die Temperaturen nahe an den Nullpunkt gebracht.

Sägewerk eingeehrt
Freiburg i. Br., 5. Sept. Heute Morgen wurde das Sägewerk Gutman in Ebnet ein Opfer der Flammen.

Zwei Wohnhäuser eingeehrt
D. Billigen, 5. Sept. Heute mittags, kurz vor 12 Uhr, entstand im Anwesen des Landwirts Dold in der Wägenstraße Großfeuer, dem zwei Wohnhäuser und ein Scheunhof mit einigen 100 Zentnern Heu zum Opfer fielen.

Wieder daheim
Bietelsheim, 5. Sept. Der Landwirt Wilhelm Kühn 3 und der Schreiner Leo Bierschnei wurden seit Dienstag vermißt.

Schlägerei
Baden-Baden, Freitag abend gegen 10 Uhr ereignete sich in der Balzenstraße eine Schlägerei.

Freitod infolge Schwermuts

* Bombach bei Rensingen, 6. Sept. Die seit längerer Zeit an Schwermut leidende 63 Jahre alte Ehefrau des Landwirts Rudolf Zimmer hat in einem Anfall geistiger Umnachtung sich mit einem Messer in den Hals gestoßen und die Pulschlagader getroffen.

* Riefen. Am Freitag mittags gegen 1/2 Uhr kam auf nicht aufgeklärte Weise ein Stuttgarter Personkraftwagen, der aus der Richtung von Forstheim fuhr, zwischen Riefen und Enzberg von der Straße ab. Er stieß mit voller Wucht gegen einen an der Straßenecke stehenden Birnbaum.

* Dittenheim. Der aus Dittenheim stammende Richter des hiesigen landlichen Kreditvereins Kaufmann Emil Säs, der seit 14 Tagen vermißt wurde, ist in einem Bienenstich erkrankt aufgefunden worden.

Aus der Stadt Durlach

Schweinemarkt am 5. September. Der Markt war befahren mit 85 Läuferferkeln und 326 Ferkelschweinen.

Christian Theurer †
Unter langjähriger Parteigenosse Christian Theurer, Werkmeister, ist am Samstag früh im hiesigen Krankenhaus unerwartet schnell gestorben.

Der Vereinsanzeiger
Arbeiter-Turn- und Sportbund, 10. Kreis, 3. Bezirk. Der Film „Am Westen nichts Neues“ läuft ab Montag, 7. September, im Union-Theater in Mühlburg, Dardstraße.

KAMMER LICHTSPIELE
Dir. A. W. Schwarze
Heute neues großes Doppelprogramm!
2 Großlichtspiele
Heny Porten
Liebfrauenmilch
Hoppla, Vater siehst ja nicht!
Laura la Plante

Aufruf der Arbeiter-Wohlfahrt!
Die Arbeiter-Wohlfahrt bittet herzlich und dringend um Unterstützung von irgend welcherlei Art für die Erziehung und Erhaltung der Kinder.

Kapok-Matratzen
aus bestem Kapok
in gutem Drell 72.- 58.- 48.-
M. Kachur, Kaiserstraße 19.

Sozialdem. Partei Durlach
Todes-Anzeige
Christlian Theurer
Amtliche Bekanntmachungen
Bekanntmachung.

Handelsregister-Einträge
1. Badische Landwirtschafts-Mittelgesellschaft für Ein- und Verkauf, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: Treuhänder- und Antiquar-Mittelgesellschaft für Genossenschaften, Karlsruhe.

Handelsregister-Einträge
1. Kronenbrot, Karlsruhe. Die Protokolle der Karl Gengnagel ist erloschen. 2. IX. 31.

Städt. Sparkasse Karlsruhe
Jimmer an das Sparen denken
Dann braucht niemand Dir was schenken.

Schlafzimmer
Nicht 1 mal
sondern ständig müssen Sie inserieren. Denn je öfter Ihr Inserat in unserem Blatt erscheint, desto bekannter wird Ihre Firma und umfangreicher Ihre Kundschaft.

Gaggenauer Anzeigen
Jahrmart 1931
Der diesjährige Jahrmart findet am 27. u. 28. September statt. Mit dem Jahrmart wird eine Ausstellung für Obst, Gemüse, Blumen, landwirtschaftliche Erzeugnisse und technischer Hilfsmittel für Obst, Gartenbau und Landwirtschaft verbunden.